

Die Entspannung im Parlament.

Wien, 25. April.

Die kritische Situation im Parlament gilt als überwunden. Als der kritische Punkt war die heutige Vortragsrede der Abordnung der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses beim Ministerpräsidenten anzusehen. Die Abordnung hat dem Ministerpräsidenten die Kundgebung überreicht, die von diesen beiden Gruppen des Herrenhauses beschlossen worden ist. In dieser Kundgebung waren Stellen enthalten, die so aufgefaßt werden konnten, als ob sie eine Spitze gegen die Regierung enthielten. Die Unterredung der Abordnung der beiden Herrenhausgruppen mit dem Ministerpräsidenten dauerte nahezu drei Stunden.

Die Aktion der Verfassungs- und Mittelpartei hatte in parlamentarischen Kreisen großes Aufsehen erregt, zu verschiedenen Mißverständnissen Anlaß gegeben und speziell auf tschechischer Seite verschiedene Hoffnungen geweckt. Es war in parlamentarischen Kreisen bekannt geworden, daß Ministerpräsident Dr. v. Seidler, falls die Resolution tatsächlich jene Interpretation erfahren hätte, wie es die im Abgeordnetenhaus verbreiteten Gerüchte behaupteten, noch heute seine Demission gegeben hätte. Die Verfassungs- und Mittelpartei repräsentieren heute ziffermäßig die Mehrheit im Herrenhause, und das Vorgehen des Ministerpräsidenten wäre streng konstitutionell gewesen. Nach den Erklärungen, welche die Abordnung der beiden Gruppen des Herrenhauses dem Ministerpräsidenten gegeben hat, besitzt das Kabinett Seidler nach wie vor die Unterstützung der Mehrheit des Herrenhauses. Meinungsdivergenzen, die durch Mißverständnisse hervorgerufen worden waren, sind in der Unterredung beseitigt worden. Für eine Demission des Kabinetts Seidler wegen der Vorgänge im Herrenhause besteht kein Anlaß.

Das Ergebnis der Unterredung der Herrenhausabordnung mit dem Ministerpräsidenten übte auch seine Wirkung auf das Abgeordnetenhaus. Die Aktion der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses hatte die oppositionelle Strömung unter den deutschen Parteien sehr beeinflusst. Seit gestern war der Leitungsausschuß der deutschnationalen Parteien versammelt. Ebenso die in Wien anwesenden Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung, die mit dem Leitungsausschuße einen steten Kontakt aufrecht erhielten. Es handelte sich darum, ob gewisse Zusicherungen, die der Ministerpräsident den deutschen Parteien im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen gegeben hatte, als genügend anzusehen seien oder nicht, und ob im letzteren Falle die deutschen Parteien eine oppositionelle Stellung beziehen sollen. Noch in den Vormittagsstunden hatte es den Anschein, daß die radikalere Elemente in der Mehrheit seien. Unter dem Eindruck des Ergebnisses der Unterredung der Herrenhausabordnung mit dem Ministerpräsidenten trat in den ersten Nachmittagsstunden eine Wendung ein. Es hat den Anschein, daß die Mehrheit der deutschen Abgeordneten nunmehr der Ansicht ist, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für eine größere politische Aktion nicht geeignet sei und daß die Auseinandersetzung der deutschen Parteien mit der Regierung über ihre nationalen Forderungen auf einen späteren Termin verschoben werden solle. Bis dahin würden sich die deutschen Parteien gegenüber dem Kabinett Seidler freie Hand vorbehalten. Freie Hand bedeutet in diesem Falle, daß die deutschen Parteien keine Gewähr dafür übernehmen, daß sie bei den Abstimmungen im Hause der Regierung unbedingte Gefolgschaft leisten. Von dieser Anschauung der deutschen Parteien wurde Ministerpräsident Dr. v. Seidler von den Abgeordneten Dr. Waldner und Hausner in Kenntnis gesetzt. Die einzelnen Gruppen des Verbandes der deutschnationalen Parteien werden sich am Montag mit der Angelegenheit befassen. Es kann heute schon gesagt werden, daß die meisten Gruppen voraussichtlich dieser Anschauung beitreten werden. Einzelne oppositionelle Gruppen bestehen jedoch weiter.

Mit dieser Haltung der deutschen Parteien war auch der zweite kritische Punkt überwunden, der eine Regierungskrise hätte hervorrufen können. Sowohl der deutschnationaler Verband als auch die Christlichsoziale Vereinigung haben sich bereits heute vormittag gegen den Vorwurf, in ihrer Staatsstreue wankend geworden zu sein, der von den Tschechen erhoben wurde, verteidigt. Die Tschechen haben die Entwicklung der kritischen Situation mit einer gewissen Schadenfreude verfolgt. Sie sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Mißverständnisse, die zwischen den beiden deutschen Gruppen des Herrenhauses und dem Kabinett Seidler bestanden haben, sind beseitigt. Die deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses haben weder dem Tschechischen Verband, noch dem Jugoslawischen Klub den Gefallen getan, das Ministerium Seidler zu stürzen. Ein sehr kritischer Zustand ist

überwunden. Gewiß bestehen auch weiterhin große parlamentarische Schwierigkeiten. Die Unsicherheit in den Majoritätsverhältnissen besteht fort. Das Verhältnis der Regierung zu den deutschen Parteien erscheint doch etwas gelockert, die Polen sind aus ihrer reservierten Haltung nicht herauszubringen, bei den Ukrainern bestehen Verstimmungen. Das ergibt im besten Falle nordürftige Ansätze von Fall zu Fall für eine Mehrheit bei Staatsnotwendigkeiten. Ein Schutz gegen die im österreichischen Abgeordnetenhaus üblichen Zufallsabstimmungen ist vorläufig nicht sichtbar. Aber der Zustand, der heute zu einer ausgesprochenen Krise zu führen drohte, hat seine Schärfe verloren. Die Situation im Parlament ist schwierig und stachelig, aber das Terrain für Verhandlungen ist frei geworden. Das Kabinett Seidler hat abermals eine sehr kritische Situation überwunden und das Parlament auch.

Vertagung der Abstimmung im Verbandsauschusse der deutschnationalen Parteien.

Der Verbandsauschuß der deutschnationalen Parteien hat in seiner gestrigen und heutigen Sitzung die gesamte politische Lage und seine Stellung zur Regierung erörtert. Die Beschlusfassung hierüber und über die im Laufe der Debatte gestellten Anträge wurden bis zum Zusammenritte des Hauses vertagt.

Unter den in der Debatte gestellten Anträgen befindet sich auch ein Antrag des Abgeordneten Teufel, welcher lautet: Der Verband der deutschnationalen Parteien beschließt, daß seine Stellung zur Regierung Seidler keine Aenderung erfahren hat."

Keine Aenderung in der Haltung der Christlichsozialen.

Die Christlichsoziale Vereinigung hielt heute abend unter Vorsitz ihres Obmannes Landeshauptmann Hausner eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende über die Besprechung berichtete, die er nachmittag in Gemeinschaft mit dem Obmann des deutschnationalen Leitungsausschusses Professor Doktor Waldner mit dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler gepflogen hatte. Hierauf wurden die letzten politischen Vorgänge und die parlamentarische Situation erörtert. Die anwesenden Klubmitglieder gaben einmütig der Meinung Ausdruck, daß die christlichsoziale Partei an ihrer bisherigen Haltung auch der gegenwärtigen Situation gegenüber nichts zu ändern hat; die Vereinigung wird ihre Bemühungen zur Schaffung eines parlamentarischen Burgfriedens fortsetzen, der es ermöglicht, daß die dringenden Ernährungs- und Finanzfragen, die in der nächsten Zeit ausschließlich im Vordergrund der parlamentarischen Beratungen stehen müssen, der tüchtigsten raschen Lösung zugeführt werden.

Die Rechte des Herrenhauses und die Kundgebung der beiden anderen Gruppen.

Heute wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

In der gestrigen Sitzung der in Wien anwesenden Mitglieder des Exekutivkomitees der Rechten des Herrenhauses wurde bei Erörterung der von den beiden anderen Parteien des Herrenhauses vorgeschlagenen Kundgebung auch einstimmig das Befremden ausgesprochen, daß eine Kundgebung derartigen Inhalts überhaupt im Herrenhause angeregt werden konnte.